**Kleine Geschichte der Bundeswehrausstattung**

**1956 - 1990**

Die Bundeswehr wurde während des Kalten Krieges gegründet. Ihre Hauptaufgabe war es, im Falle eines sowjetischen Angriffs die Truppen des Warschauer Paktes 5 – 10 Tage lang aufzuhalten, bis die Hauptverteidigung der NATO entlang der Rhein-Linie einsatzbereit wäre. Das Gebiet von Westdeutschland wäre als Schlachtfeld vorgesehen gewesen. Alles, was da kreuchte, fleuchte und stand, wäre dem Schlachtfeld geopfert worden.

Dementsprechend war auch die Bundeswehr ausgestattet. Vor allem gepanzerte Verbände (Kampf- und Artilleriepanzer) und Grenadiere (motorisiert Fußsoldaten) sowie Bomber in der Luftwaffe. Die Ausstattung wurde über 30 Jahre lang auf dieses Einsatzszenario angeschafft.

**1990 – 2022**

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion fiel zuerst die wesentliche militärische Bedrohung weg. Mit der fortschreitenden Osterweiterung der NATO verlagerte sich das mögliche Schlachtfeld eher nach Polen und dem Baltikum. Der Sinnkrise der Bundeswehr wurde mit den „Out-of-Aera“-Konzept begegnet, Deutschland wurde eben auch am Hindukusch verteidigt. Für Einsätze in Jugoslawien, Kosovo, Somalia, Afghanistan und Mali war die bisherige Ausrüstung der Bundeswehr aber völlig ungeeignet, es begann der große Austausch. Panzer wurden verschrottet, verkauft oder an die Rüstungsindustrie zum Einlagern abgegeben. Mühsam wurde im Rahmen der jährlich neu zu beschließenden Haushaltsplanungen die notwendigen neuen Rüstungsgüter angeschafft oder neu entwickelt. Jetzt wurden vor allem Transportkapazitäten (Luft, See und Land), Aufklärung und Kampfausstattung der Soldaten gebraucht.

 Die bisher gewohnten langen Planungsphasen waren für die sich schnell ändernden Einsatzaufgaben unbrauchbar, weil zu unflexibel. Aber sie waren Gesetz.

**2014 – 2035**

Mit dem Rückzug aus Afghanistan und Mali wurde das Scheitern der „friedenserzwingenden Einsätze“ offiziell festgestellt. Doch schon einige Jahre zuvor war eine andere Kampfstrategie der Nato beschlossen worden, der Schwerpunkt soll nun auf Luftkampf bestehen. Im Krieg gegen den IS wurde dies erstmals großflächig ausprobiert: die US-Luftwaffe bombardierte aus sicherer Entfernung, den hochriskanten und verlustreichen Bodenkampf führten einheimische Verbündete (sprich: die Kurden) durch. Wieder war das seit 30 Jahren angeschaffte Kriegsgerät für die neuen Aufgaben nicht zu gebrauchen.

Für das angedachte Futur Combat Air System war ein wesentlich höherer Finanzbedarf nötig. Ein moderner Kampfpanzer kostet nur etliche Millionen, ein Tarnkappenbomber schon 1 Milliarde. Das Luftverteidigungssystem Patriot ca. 3,5 Mrd. Euro. Mit dem traditionellen Finanzierungsmodellen wäre die Neuaufstellung nicht in angemessener Zeit zu realisieren. Es folgte der 2%-Beschluss 2014 (2% der Wirtschaftsleistung sollten verbindlich in den Verteidigungshaushalt eingestellt werden.) Zugleich wurde der Mythos von der kaputtgesparten Bundeswehr in den Umlauf gebracht (Der Bundeswehretat stieg vom Tiefpunkt 1991 mit 28.5 Mrd. € auf 46,9 Mrd. Euro in 2021). Aber auch eine deutlich höhere Steigerung hätte nichts gebracht, denn es wurden damit Anschaffungen für eine vergangene, nicht für die zukünftige Militärstrategie getätigt. Auch die weitere Steigerung des Verteidigungshaushalts auf ca. 51,8 Mrd. € in 2024 oder (geschätzt) ca. 65 Mrd. € in 2027 kann nicht die Anschaffung von Rüstungsgütern finanzieren, deren Entwicklung frühestens 2035 abgeschlossen sein könnte.

**2022 – 2035**

Mit dem offenkundigen Versagen des Militärs bei ihren „friedenserzwingenden Einsätzen“ schwand die Bereitschaft zu weiterer Finanzierung von Aufrüstungen bei den Entscheidern auf ein Minimum. Bei einem eigentlich marginalen Rüstungsposten (Bewaffnung von Drohnen) gab es im Januar 2022 bei der entscheidenden Bundestagsfraktion (SPD) keine Mehrheit mehr, was auch Folgen für wesentlich folgenreichere Rüstungsaufträge gehabt hätte. Allerdings stand die entscheidende Abstimmung erst Anfang März an. Der russische Überfall auf die Ukraine rettete völlig überraschend die Finanzierung der geplanten Aufrüstung. Bundeskanzler Scholz drückte mit großer Zustimmung sowohl das Sondervermögen als auch das 2%-Ziel durch. Beide Finanztöpfe dienen zur Finanzierung der zukünftigen Militärstrategie, mit der Ukraine haben sie gar nichts zu tun. Die Kosten der Ukraine-Hilfe kommt überwiegend aus anderen Haushaltstiteln.

Am 1. Januar 2027 verfallen alle Gelder des Sondervermögens, sollten sie nicht ausgegeben worden sein. Ab da muss das 2-%-Ziel alleine aus dem Verteidigungshaushalt finanziert werden. Das von der OECD für 2027 geschätzte Bruttosozialprodukt würde einen Verteidigungshaushalt von 90 – 95 Mrd. € bedeuten. Und in der Folge, dass gut 30 Mrd. € aus dem Sozial-, Bildungs-. Umweltschutz- und Gesundheitsetat in den Verteidigungshaushalt umgeschichtet werden müsste.

Auch wenn Sicherheit ein menschliches Grundbedürfnis ist und in unserer Gesellschaft an den Staat als Aufgabe delegiert worden ist, muss sich jedeR WahlberechtigteR fragen, ob er die rein militärischen Absicherung finanzieren will, gar ob er sie finanzieren kann. Es gibt jenseits der militärischen Sicherheit wesentlich effizientere und damit kostengünstiger Konzepte von Sicherheit. Zivil ist effektiv.

Die Bundeswehr in Afghanistan? komplett versagt!

Die Bundeswehr in Mali? Völlig versagt!

Aber jetzt: wenn ihr uns ganz, ganz viel Geld gebt, dann werden wir es zukünftig bestimmt viel, viel besser machen. Ehrlich.

(antimilitaristischer Aufkleber, gesehen während einer Bahnhofsdurchquerung im Herbst 2023)